

Stimmungsbild in der Zahnärzteschaft

Samuel Ritter, Chris Kerber

Die Umfrage „Stimmungsbild in der Zahnärzteschaft“ wurde vom 17.04.2024 bis zum 21.05.2024 durchgeführt, um die Wahrnehmung der Rahmenbedingungen in der Zahnmedizin durch die Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte quantitativ abzubilden. Sie wurde vom Team des Zahnärzte-Praxis-Panels (ZäPP) am Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (Zi) im Auftrag der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) durchgeführt und orientierte sich an einer ebenfalls durch das Zi durchgeführten Befragung im Rahmen der Kampagne „Praxenkollaps“ der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KBV), die sich an Vertragsärztinnen und -ärzte wie auch an Vertragspsychotherapeutinnen und -therapeuten richtete.

Die Ergebnisse der Umfrage „Stimmungsbild in der Zahnärzteschaft“ zeigen eine allgemeine Unzufriedenheit der Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte in Deutschland. Befragt wurde zu Themen wie Bürokratie, Digitalisierung und Vergütung, aber auch zu allgemeineren Themen wie Wertschätzung und Wohlbefinden. Insgesamt haben die Befragten ein positives Bild von der zahnmedizinischen Tätigkeit selbst, empfinden jedoch eine starke Unzufriedenheit mit den politischen und administrativen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Mehr als zwei Drittel der Zahnärztinnen und Zahnärzte gaben an, aufgrund der Rahmenbedingungen über einen vorzeitigen Ausstieg aus der Patientenversorgung nachzudenken. Mehr als die Hälfte der Zahnärztinnen und Zahnärzte würden sich aus heutiger Sicht nicht noch einmal für die Niederlassung als Vertragszahnärztin bzw. -zahnarzt entscheiden.

Fragebogenkonzeption und Stichprobenermittlung

Adressiert wurden alle in Deutschland niedergelassenen Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte mit Ausnahme der Region der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns. Neben Allgemeinzahnärztinnen und -zahnärzten wurden auch Kieferorthopädinnen und -orthopäden, Oral- bzw. MKG-Chirurginnen und -Chirurgen und zahnmedizinische Leiterinnen und Leiter von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) befragt.

Die Teilnahme war online, anonym und freiwillig. Über Newsletter sowie Social-Media-Kanäle der KZBV und der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) wurden die Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte zur Teilnahme aufgerufen. Die Befragung war über die geschützten Mitgliederbereiche der jeweiligen KZV zugänglich.

Insgesamt wurden 4.005 gültige Teilnahmen erhoben. Die Teilnehmerzahl entspricht bei knapp 45.000 über die KZVen abrechnenden Personen einer Teilnahmequote von etwa 9 %. In die Auswertung sind ausschließlich Teilnehmende eingeflossen, welche die finale Fragebogenseite zu persönlichen Merkmalen vollständig ausgefüllt haben, da diese Merkmale für die Hochrechnung der Ergebnisse entscheidend sind. Diese Gruppe umfasst insgesamt 3.739 Teilnehmende. Informationen zur Struktur der Teilnehmenden sind in der Anlage 1 im Anhang dargestellt.

Der Fragebogen wurde vom Zi in Zusammenarbeit mit der KZBV entwickelt und ist in vier thematische Abschnitte unterteilt: die Wahrnehmung der Rahmenbedingungen der zahnmedizinischen Versorgung, die Folgen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes (GKV-FinStG), die Zustimmung zu den Forderungen der KZBV an die Politik und die Wahrnehmung der politischen Kampagne „Zähne zeigen“ der KZBV.

Allgemein negative Stimmung in der Zahnärzteschaft

Kurz zusammengefasst kann die Stimmung in der Zahnärzteschaft als negativ beschrieben werden. Besonders unzufrieden sind die Zahnärztinnen und Zahnärzte mit der Bürokratie, dem Personalmangel, der Vergütung von zahnärztlichen Leistungen und der Wertschätzung durch die Politik. Über 90 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte gaben in diesen Bereichen eine starke Ablehnung oder Unzufriedenheit an.

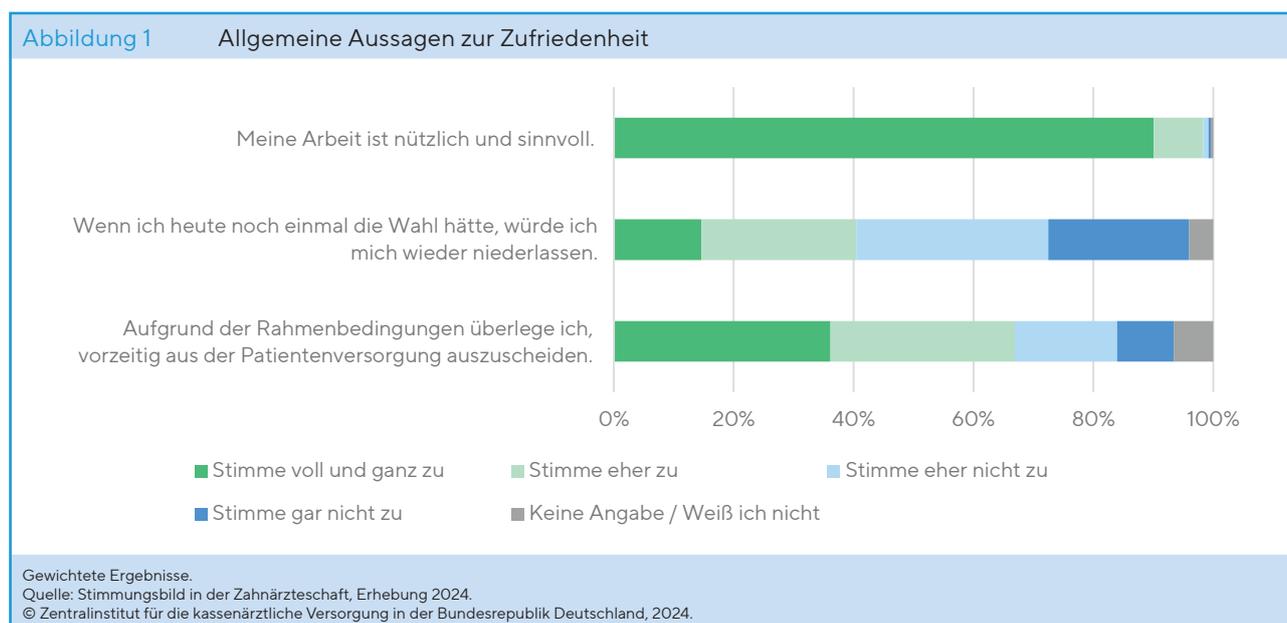
Insbesondere die Aussage „Ich nehme von Seiten der Politik eine angemessene Wertschätzung für meine Arbeit in der Patientenversorgung wahr“ wurde von 96,7 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte verneint – ein größerer Anteil als bei sämtlichen anderen Aussagen.

Zufriedenheit mit dem eigenen Beruf

Nur 1,3 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte stimmten der Aussage „Meine Arbeit ist nützlich und sinnvoll“ nicht zu. Innerhalb der differenzierten Gruppen gab es nur sehr geringe Abweichungen. So ist in der Gruppe der MKG- und Oralchirurginnen und -chirurgen die Zustimmung mit 99,5 % besonders hoch. In der Gruppe der Kieferorthopädinnen und -orthopäden ist sie mit 97,4 % vergleichsweise geringer, wenngleich auf sehr hohem Niveau. In den neuen Bundesländern gibt es mit 99,6 % eine beinahe einstimmige Zustimmung (98,1 % in den alten Bundesländern).

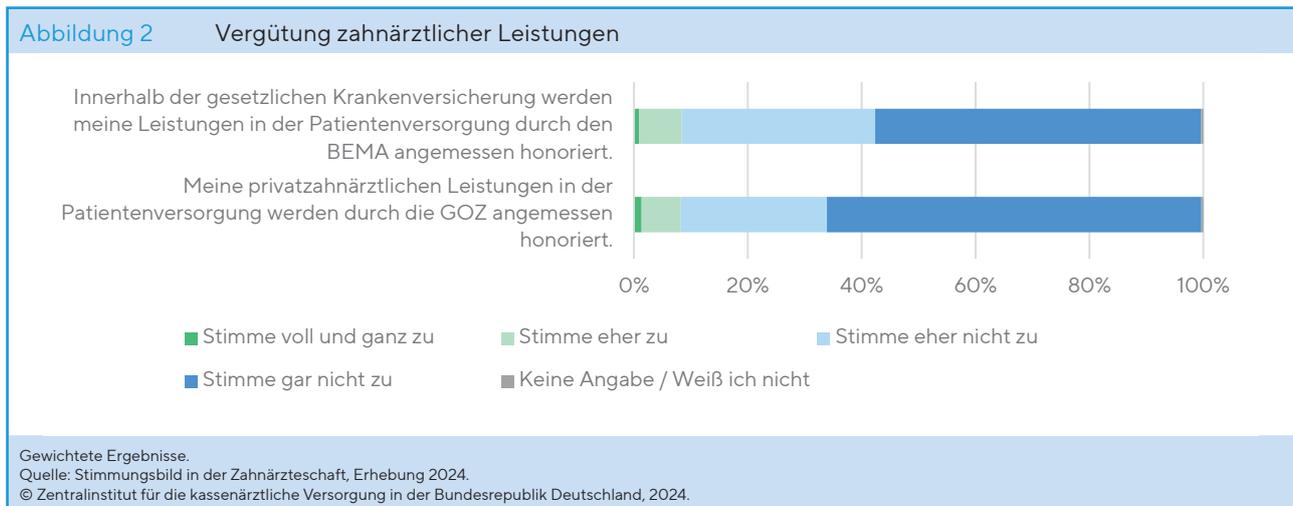
Um die Zufriedenheit mit der Entscheidung zur Tätigkeit als Vertragszahnärztin oder -zahnarzt zu ermitteln, wurde gefragt, ob sich die Befragten wieder niederlassen würden, wenn sie noch einmal die Wahl hätten. Die Antworten hierauf waren in der Mehrheit ablehnend (40,4 % Zustimmung, 55,6 % Ablehnung). Eine starke Zustimmung gab es von nur 14,6 % der Befragten. Herausstechend waren die Unterschiede zwischen den Organisationsformen. Inhaberinnen und Inhaber von BAGs waren mit 47,1 % Zustimmenden wesentlich zufriedener mit ihrer Entscheidung als die von Einzelpraxen mit nur 37,9 % Zustimmenden. Die Zustimmung über Altersgruppen hinweg zeigt ein U-förmiges Muster. In den Gruppen der 35-Jährigen und jünger sowie der über 65-Jährigen waren die höchsten Zustimmungsraten zu erkennen (mit 52,0 % und 55,5 %). In der mittleren Altersgruppe (46 - 55 Jahre alt) war die Zustimmung mit 33,3 % am geringsten.

Etwa zwei Drittel (66,9 %) der Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte denken aufgrund der Rahmenbedingungen über einen vorzeitigen Ausstieg aus der Patientenversorgung nach. Regional betrachtet zeigen sich Unterschiede zwischen Zahnärztinnen und Zahnärzten in den neuen Bundesländern (61,1%) und den alten Bundesländern (68,3 %). Zwischen Einzelpraxen und BAGs sowie zwischen den verschiedenen Berufsgruppen gibt es nur geringe Abweichungen vom Gesamtergebnis. Altersbedingt werden große Unterschiede deutlich: Mit zunehmendem Alter bzw. zunehmender Nähe zum potenziellen Ruhestand nahm die Zustimmung zu der Aussage zu. Die Gründe für die allgemeine Unzufriedenheit sind vielseitig. Thematisch können sie in fünf Themenbereiche unterteilt werden: Vergütung, Zeit- und Arbeitsdruck, bürokratische und technische Vorgaben, Politik und Fachkräftemangel.



Unzufriedenheit über Vergütung

Besonders deutlich wurde die Unzufriedenheit bei der Vergütung zahnärztlicher Leistungen. Im Fragebogen wird dabei zwischen der Vergütung gesetzlicher Leistungen über den Bewertungsmaßstab zahnärztlicher Leistungen (BEMA) und der Vergütung privater Leistungen über die Gebührenordnung von Zahnärzten (GOZ) unterschieden. Die Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussagen über die angemessene Honorierung der gesetzlichen und privaten Leistungen ist dabei fast identisch. So lehnen 91,2 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte die Aussage ab, dass die Vergütung durch den BEMA angemessen ist; die äquivalente Aussage zur GOZ-Vergütung wird von 91,5 % abgelehnt. Eine starke Unzufriedenheit mit der Vergütung („Stimme gar nicht zu“) ist jedoch bei der Vergütung durch die GOZ deutlich häufiger (65,8 %) als durch den BEMA (57,3 %). Bei beiden Vergütungskatalogen kann erkannt werden, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte über 65 Jahre etwas häufiger zufrieden sind als die der anderen Altersgruppen.

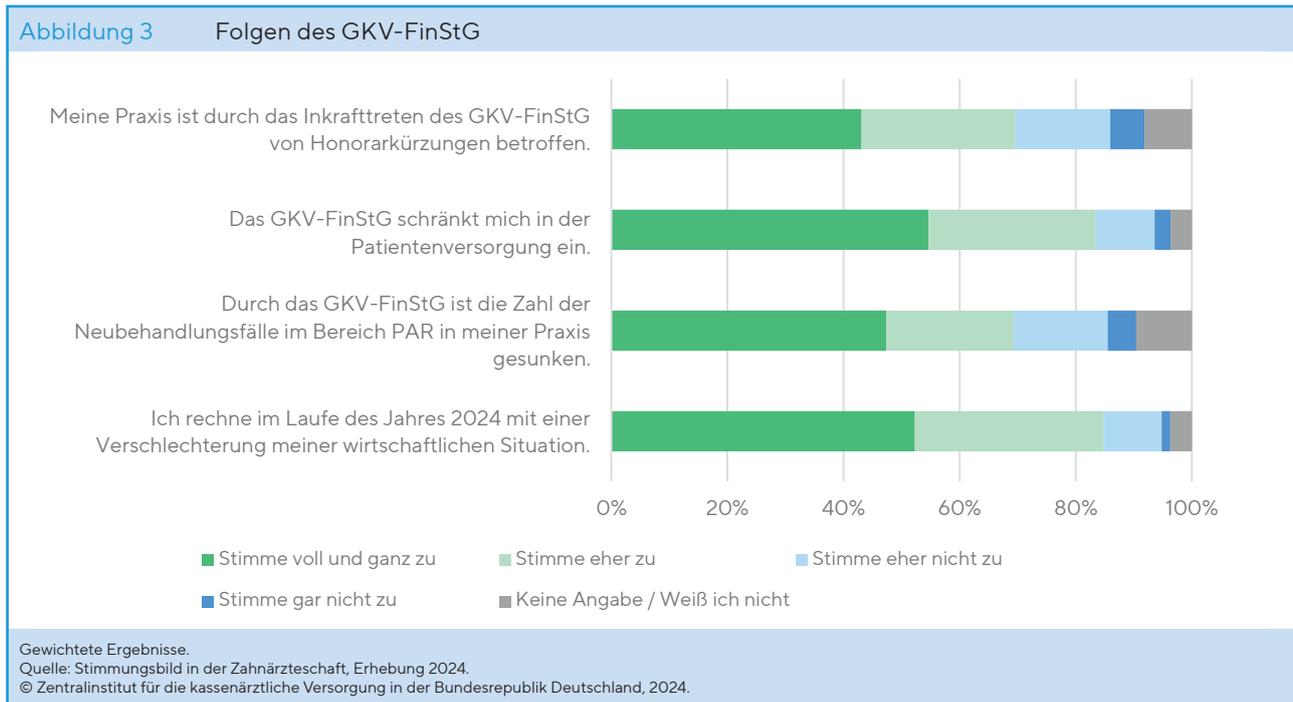


Das GKV-FinStG schränkt die Vergütung ein

Im November 2022 trat das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) in Kraft. Infolgedessen wurde im zahnärztlichen Bereich eine Deckelung der Vergütung für bestimmte Leistungen wirksam und der Honorarzuwachs für Zahnärztinnen und Zahnärzte begrenzt. Knapp 70 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte gaben an, dass ihre Praxen dadurch von Honorarkürzungen betroffen seien. Der Aussage, dass sie durch das Gesetz in der Patientenversorgung eingeschränkt seien, stimmten sogar 83,4 % der Befragten zu. Nur 2,8 % stimmten der Aussage gar nicht zu. Da insbesondere die Vergütung im Bereich der parodontologischen Versorgung neu geregelt wurde, lag ein Fokus der Befragung auf den Auswirkungen in diesem Leistungsbereich. Hier stimmten 69,3 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte der Aussage zu, dass die Behandlungsfälle in ihrer Praxis in diesem Bereich seit Inkrafttreten des Gesetzes gesunken seien. Bei Allgemein Zahnärztinnen und -zahnärzten, die vordergründig in diesem Bereich Leistungen erbringen, betrug die Zustimmungquote zur Aussage sogar 73,6 %.

Als Ausblick stimmten 84,8 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte der Aussage zu, dass sie im Laufe des Jahres 2024 mit einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation rechnen. Etwa die Hälfte der Zahnärztinnen und Zahnärzte über alle Vergleichsgruppen hinweg gaben zu dieser Aussage die Antwort „Stimme voll und ganz zu“.

Insgesamt war festzustellen, dass Zahnärztinnen und Zahnärzte in den alten Bundesländern häufiger den negativ konnotierten Aussagen zum GKV-FinStG zustimmten. So lag die Differenz bei der Zustimmung zwischen den neuen und den alten Bundesländern über alle Aussagen hinweg bei 8,1 bis 12,6 Prozentpunkten.

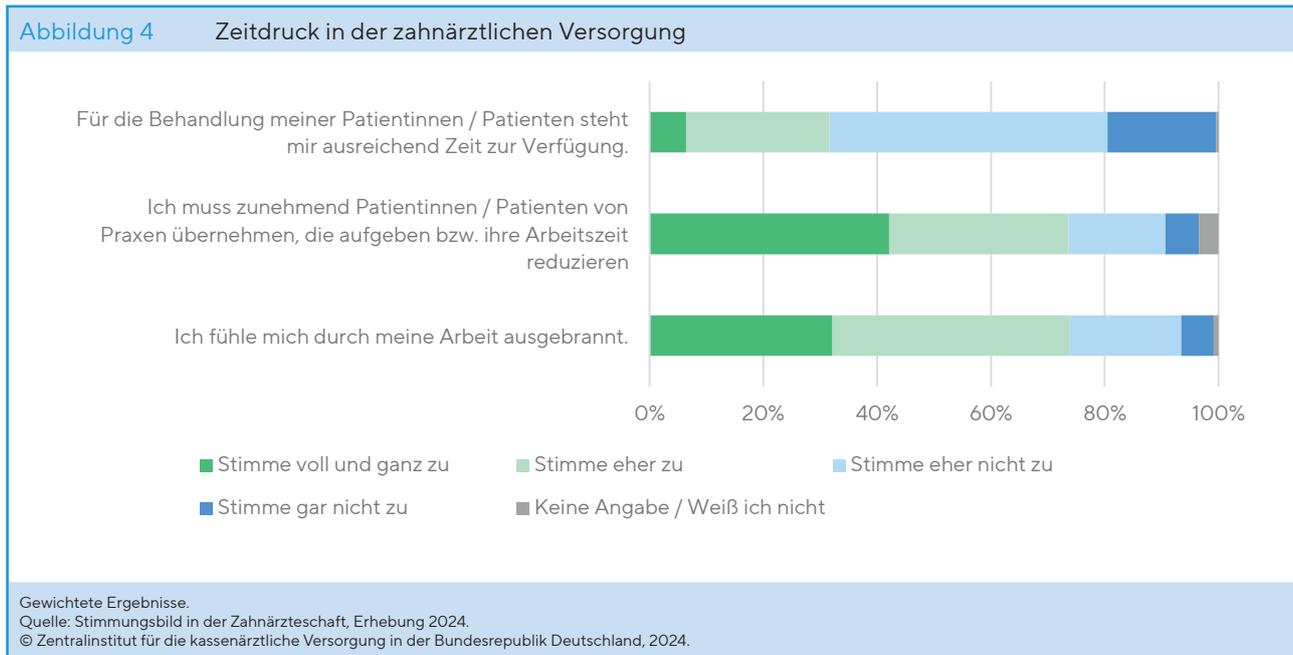


Zeitdruck bei der Patientenversorgung

Weniger als ein Drittel (31,6 %) der Zahnärztinnen und Zahnärzte gaben an, genügend Zeit zur Behandlung der Patientinnen und Patienten zu haben. Unterschiede zeigten sich dabei zwischen den neuen und alten Bundesländern. Während in den alten Bundesländern 33,1 % der Aussage zustimmten, war es in den neuen Bundesländern nur etwa ein Viertel (25,1 %). Unterschiede wurden auch zwischen den Altersgruppen ersichtlich. Zahnärztinnen und Zahnärzte unter 55 Jahren sind mit Zustimmungsraten unter 30 % seltener zufrieden mit der zur Verfügung stehenden Zeit als ältere Kolleginnen und Kollegen (35,8 % bei den 56 - 65-Jährigen und 41 % bei den über 65-Jährigen).

Dass der Arbeitsdruck in der Versorgung für Zahnmedizinerinnen und -mediziner zunehmend wächst, ergibt sich auch aus dem Antwortverhalten zu der Aussage „Ich muss zunehmend Patientinnen / Patienten von Praxen übernehmen, die aufgeben bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren“. Dieser stimmten knapp drei Viertel aller Zahnärztinnen und Zahnärzte zu (73,6 %). Besonders deutlich ist der Unterschied in der Zustimmung von Zahnärztinnen und Zahnärzten aus den neuen Bundesländern (91,0 %) im Vergleich zu den alten Bundesländern (69,5 %). Mit 56,3 % der Kieferorthopädinnen und -orthopäden und 68,7 % der Oral- und MKG-Chirurginnen und -Chirurgen stimmten die spezialisierten Gruppen seltener zu als Allgemeinärztinnen und -zahnärzte mit 75,0 %.

Insgesamt stimmten etwa 73,8 % der Aussage zu, dass sie sich durch ihre Arbeit ausgebrannt fühlen. Die Quote ist hierbei über alle Gruppen hinweg nahezu identisch, mit einer Ausnahme: Von Zahnmedizinerinnen und -mediziner der Altersgruppe über 65 Jahre stimmte mit 60,3 % ein deutlich geringerer Anteil zu. Die Gruppe der 46 - 55-jährigen Zahnärztinnen und Zahnärzten stimmten der Aussage mit einem Anteil von 79,2 % am häufigsten zu.

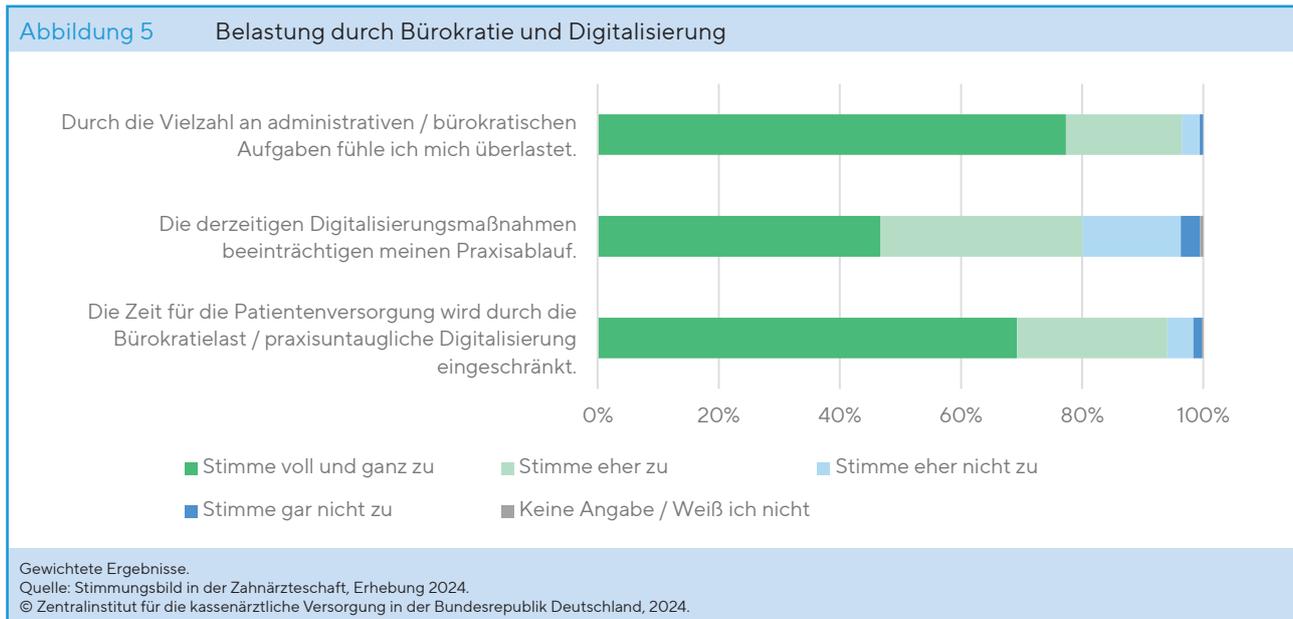


Bürokratie und Digitalisierung als Last

Fast alle Zahnärztinnen und -Zahnärzte (96,5 %) stimmten der Aussage zu, dass sie sich durch administrative und bürokratische Aufgaben überlastet fühlen. 77,3 % stimmten der Aussage sogar „voll und ganz“ zu. Die Zustimmung ist über alle Vergleichsgruppen hinweg mit jeweils über 94 % Zustimmung sehr ähnlich ausgeprägt. Mit einer Zustimmung von 98,9 % ist die Unzufriedenheit in diesem Bereich unter den Kieferorthopädinnen und -orthopäden am größten. Bürokratie ist damit ein Thema, das fast alle Zahnmedizinerinnen und -mediziner stark belastet.

Wenig überraschend überträgt sich dieses Ergebnis auf die Frage, ob die Bürokratielast und praxisuntaugliche Digitalisierung die Zeit für die Patientenversorgung einschränken. Der Aussage zu diesem Thema stimmten 94,1 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte zu, damit nur etwas weniger als der Frage nach Überlastung durch administrative und bürokratische Aufgaben. Wie bei der zuvor genannten Aussage ist die Unzufriedenheit über alle Vergleichsgruppen ähnlich stark ausgeprägt.

Wie sich Digitalisierungsmaßnahmen auf den Praxisalltag auswirken, wird in den Ergebnissen ebenfalls deutlich. So stimmten 80,1 % aller Zahnärztinnen und Zahnärzte der Aussage zu, dass die derzeitigen Digitalisierungsmaßnahmen ihren Praxisablauf beeinträchtigen. Kieferorthopädinnen und -orthopäden stimmten mit 87,5 % besonders oft zu. Die Unzufriedenheit über Digitalisierungsmaßnahmen steigt stetig mit zunehmendem Alter. Sehen sich in der jüngsten Vergleichsgruppe (35 Jahre und jünger) immerhin etwas mehr als zwei Drittel (67,8 %) in ihrem Praxisablauf beeinträchtigt, sind es bei den über 65-Jährigen 86,0 %. Besonders deutlich wird die mit dem Alter zunehmende Unzufriedenheit mit Digitalisierungsmaßnahmen bei Betrachtung der Antwortkategorie „Stimme voll und ganz zu“. Die Anteile steigen stetig von 26,8 % bei der Gruppe der 35-Jährigen und jünger bis zu 58,4 % bei den über 65-Jährigen.

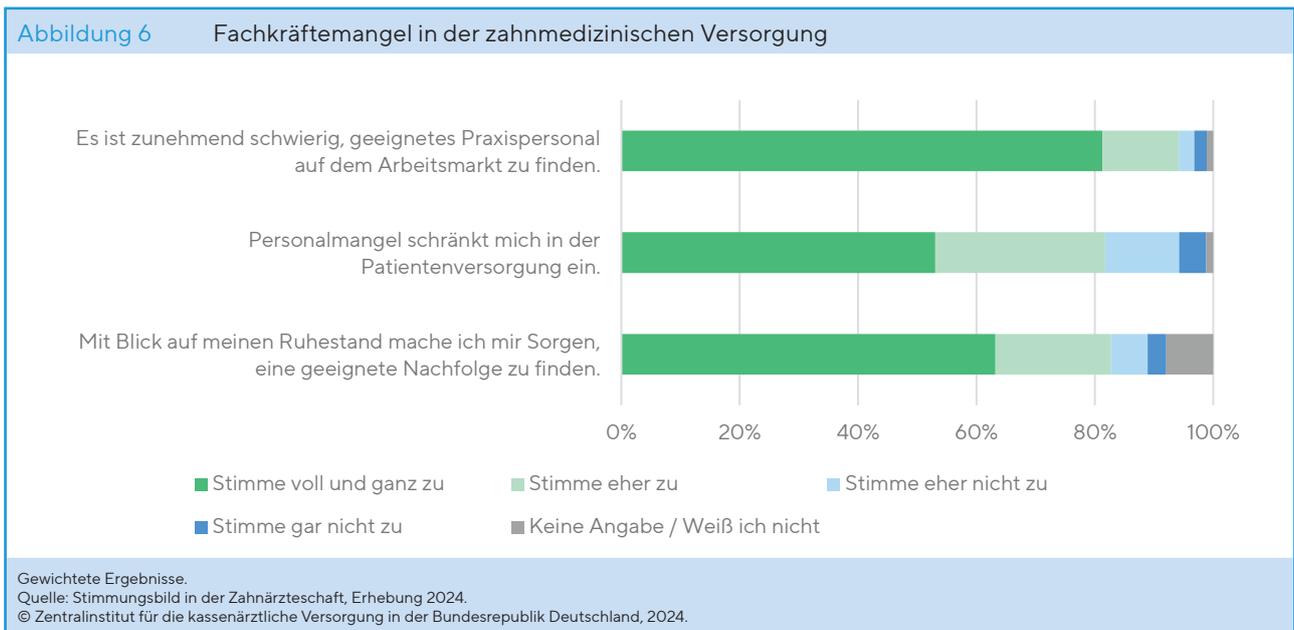


Personalmangel wachsendes Problem in der Versorgung

Fast alle (94,2 %) der Zahnärztinnen und Zahnärzte stimmten zu, dass es zunehmend schwierig sei, geeignetes Personal auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Die deutlichsten Unterschiede im Antwortverhalten sind zwischen den Fachgebieten erkennbar. Die Zustimmung zur Aussage war in allen Vergleichsgruppen sehr hoch. Unter Kieferorthopädinnen und -orthopäden war diese mit 90,0 % am geringsten, von den MKG- und Oralchirurginnen und -chirurgen stimmten mit 97,6 % besonders viele der Aussage zu.

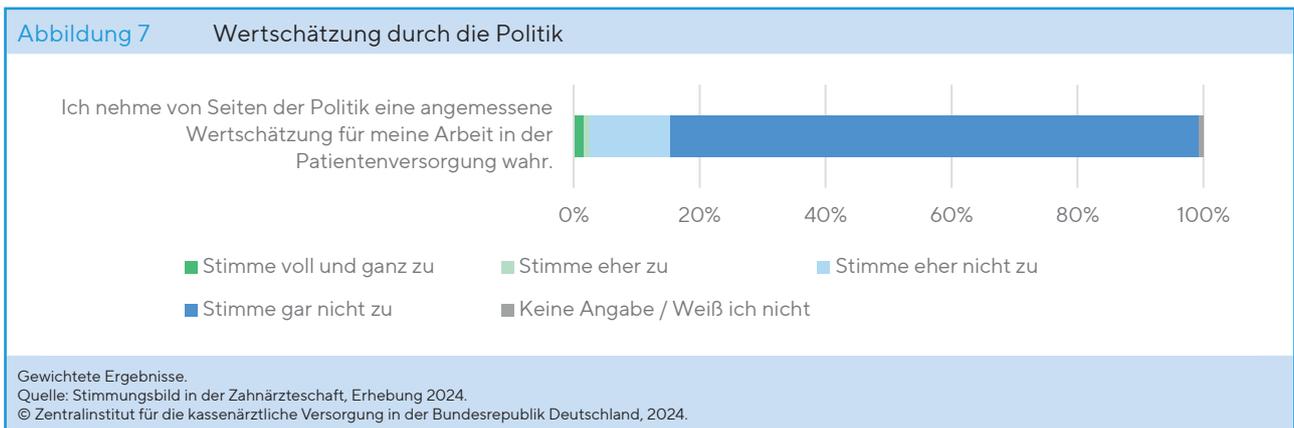
Eine konkrete Auswirkung des Fachkräftemangels wird durch die Aussage „Personalmangel schränkt mich in der Patientenversorgung ein“ deutlich. Die Zustimmung hierfür lag insgesamt bei 81,7 % und mit 83,7 % in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Bundesländern mit 73,3 %. Inhaberinnen und Inhaber von Einzelpraxen wiesen mit einer Zustimmungsquote von 79,8 % eine geringere Zustimmung zu der Aussage auf als Inhaberinnen und Inhaber von BAGs (85,9 %). Jüngere und ältere Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte gaben seltener an, durch Personalmangel in der Patientenversorgung eingeschränkt zu sein. Wie sich der Personalbedarf auf verschiedene Personalgruppen verteilt, geht aus der Befragung nicht hervor.

Nicht nur der Mangel an ZFAs und Zahntechnikerinnen und -technikern ist eine Sorge der Zahnärztinnen und Zahnärzte, auch die Frage nach der Praxisnachfolge ist für viele ein relevantes Thema. Der Aussage „Mit Blick auf meinen Ruhestand mache ich mir Sorgen, eine geeignete Nachfolge zu finden“ stimmten insgesamt 82,7 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte zu, fast zwei Drittel (63,2 %) sogar mit der Antwortoption „voll und ganz“. Erwartungsgemäß machen sich jüngere Zahnmedizinerinnen und -mediziner seltener Sorgen um die Nachfolge (von den unter 46-Jährigen stimmten der Aussage aber immerhin 64,5 % zu). Auch MKG- und Oralchirurginnen und -chirurgen stimmten mit 72,1 % der Aussage nicht so oft zu wie andere Fachgruppen (83,4 % bei den Allgemeinzahnärztinnen und -zahnärzten, 82,0 % bei den Kieferorthopädinnen und -orthopäden).



Keine Unterstützung durch die Politik wahrgenommen

Beinahe einstimmig war die Einschätzung zur Aussage „Ich nehme von Seiten der Politik eine angemessene Wertschätzung für meine Arbeit in der Patientenversorgung wahr“. Hier gaben 96,7 % der Zahnärztinnen und Zahnärzte an, eher nicht oder gar nicht zuzustimmen. Auch zwischen den verschiedenen Vergleichsgruppen sind die Unterschiede gering: Die geringste Ablehnung kommt mit 95,2 % aus der Gruppe der neuen Bundesländer, die größte Ablehnung mit 98,3 % von den Oral- und MKG-Chirurginnen und -chirurgen. Aus diesen Antworten könnte interpretiert werden, dass Zahnmedizinerinnen und -mediziner die Politik als verantwortungstragend für bestehende Probleme der vertragszahnärztlichen Versorgung sehen.



Fazit

Die Vertragszahnärzteschaft in Deutschland ist unzufrieden. Insbesondere die Frage danach, ob man sich, wenn man noch einmal die Wahl hätte, wieder niederlassen würde, macht dies sehr deutlich. Die Gründe hierfür sind vielseitig. Es herrscht eine große Unzufriedenheit mit der Vergütung, Bürokratie und Digitalisierungsmaßnahmen. Arbeitsdruck, Personalmangel und eine Wahrnehmung mangelnder Wertschätzung durch die Politik sind laut den Ergebnissen allesamt weiter verstärkende Faktoren. Dennoch ist es wichtig hervorzuheben, dass Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte in Deutschland großen gesellschaftlichen Wert in ihrer Arbeit erkennen. Beinahe einstimmig sehen sie ihre Arbeit als nützlich und sinnvoll.

Aus der Auswertung gehen teilweise deutliche regionale Unterschiede hervor. Diese Unterschiede blieben auch bestehen, wenn für andere Strukturmerkmale wie Geschlecht und Alter kontrolliert wurde. Die Wahrnehmung der Zahnärztinnen und Zahnärzte in den neuen Bundesländern war im Vergleich zu den alten Bundesländern über viele Fragen hinweg positiver. Gerade die Antworten zur erneuten Wahl zur Niederlassung, oder die Überlegung frühzeitig in den Ruhestand zu gehen, gaben einen Hinweis darauf, dass insgesamt die Zufriedenheit mit der Tätigkeit als Vertragszahnärztin oder Vertragszahnarzt hier etwas größer ist. Zu beobachten ist auch ein Unterschied bei der Bewertung der Zeit, die für die Patientenversorgung zur Verfügung steht. Diese wurde in neuen Bundesländern wesentlich schlechter bewertet. Dieses Ergebnis in Verbindung mit den Rückmeldungen zu der Aussage, dass immer mehr Patientinnen und Patienten von anderen Praxen übernommen werden müssen, unterstreicht die Erkenntnisse der KZVen und der KZBV zur teilweise schlechteren Versorgungssituation in diesen Regionen.

Unterschiede über Altersgruppen hinweg wurden vor allem in Hinblick auf Digitalisierungsmaßnahmen und bei der Arbeitsbelastung deutlich. Zudem gaben jüngere Zahnärztinnen und Zahnärzte öfter an, der Aussage nach einer wiederholten Wahl für eine Niederlassung zuzustimmen.

Zwischen Organisationsformen ergaben sich ebenfalls vereinzelt Unterschiede. Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner in Berufsausübungsgemeinschaften gaben wesentlich häufiger eine positive Rückmeldung auf die Aussage, dass sie sich heute nochmal für eine Niederlassung entscheiden würden, wenn sie noch einmal die Wahl hätten. Die Differenz lag hier bei fast 10 Prozentpunkten zwischen Inhaberinnen und Inhabern von BAGs im Vergleich zu Einzelpraxen. Zudem ergaben die Antworten zu Themen des Personalmangels, dass BAGs diesen schwerwiegender beschreiben als Einzelpraxen.

Diese quantitative Befragung richtete sich gezielt auf Themen, die der KZBV als Probleme der vertragszahnärztlichen Versorgung bekannt sind. Das Ziel war es genauer abbilden zu können welche Themen die Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte besonders belasten. Diese Themen zeigten sich als überaus bewegend, da sie in viele Fällen starke Reaktionen hervorriefen. Die Ergebnisse der Umfrage weisen einen großen Handlungsbedarf in der Versorgungspolitik im vertragszahnmedizinischen Bereich in Deutschland auf.

Anhang

Anlage 1: Struktur der Befragten

Tabelle 1 Teilnehmerzahlen nach Strukturmerkmalen					
Struktur der Befragten (ungewichtet)					
	Anzahl	Anteil		Anzahl	Anteil
Gesamt	3.739	100,0 %	<i>Berufsbezeichnung (Mehrfachnennung möglich)</i>		
			Allgemeinzahnärzte	3.461	92,6 %
<i>Organisationsform</i>			Kieferorthopäden	210	5,6 %
Einzelpraxen	3.082	82,4 %	Oral- und MKG-Chirurgen	152	4,1 %
Berufsausübungsgemeinschaften	610	16,3 %	Zahnärztliche Leiter	37	1,0 %
Medizinische Versorgungszentren	47	1,3 %			
			<i>Alter</i>		
<i>Regionen</i>			35 Jahre und jünger	162	4,3 %
Ost ¹	1.268	33,9 %	36 - 45 Jahre	811	21,7 %
West ²	2.471	66,1 %	46 - 55 Jahre	1.125	30,1 %
			56 - 65 Jahre	1.437	38,4 %
<i>Geschlecht</i>			über 65 Jahre	204	5,5 %
Weiblich	1.617	43,2 %			
Männlich	2.122	56,8 %			
1) enthält: KZV Land Brandenburg, KZV Mecklenburg-Vorpommern, KZV Sachsen, KZV Sachsen-Anhalt, KZV Thüringen					
2) enthält: KZV Baden-Württemberg, KZV Berlin, KZV Bremen, KZV Hamburg, KZV Hessen, KZV Niedersachsen, KZV Nordrhein, KZV Rheinland-Pfalz, KZV Saarland, KZV Schleswig-Holstein, KZV Westfalen-Lippe					
Quelle: Stimmungsbild in der Zahnärzteschaft, Erhebung 2024. © Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland, 2024.					

Anlage 2: Auszüge aus dem Aussagenkatalog der Befragung "Stimmungsbild in der Zahnärzteschaft"

Auszug Fragebogen "Stimmungsbild in der Zahnärzteschaft"
Meine Arbeit ist nützlich und sinnvoll.
Für die Behandlung meiner Patientinnen / Patienten steht mir ausreichend Zeit zur Verfügung.
Ich fühle mich durch meine Arbeit ausgebrannt.
Durch die Vielzahl an administrativen / bürokratischen Aufgaben fühle ich mich überlastet.
Die derzeitigen Digitalisierungsmaßnahmen beeinträchtigen meinen Praxisablauf.
Die Zeit für die Patientenversorgung wird durch die Bürokratielast / praxisuntaugliche Digitalisierung eingeschränkt.
Innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung werden meine Leistungen in der Patientenversorgung durch den BEMA angemessen honoriert.
Meine privatärztlichen Leistungen in der Patientenversorgung werden durch die GOZ angemessen honoriert.
Ich nehme von Seiten der Politik eine angemessene Wertschätzung für meine Arbeit in der Patientenversorgung wahr.
Es ist zunehmend schwierig, geeignetes Praxispersonal auf dem Arbeitsmarkt zu finden.
Personalmangel schränkt mich in der Patientenversorgung ein.
Aufgrund der Rahmenbedingungen überlege ich, vorzeitig aus der Patientenversorgung auszuscheiden.
Ich muss zunehmend Patientinnen / Patienten von Praxen übernehmen, die aufgeben bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren.
Mit Blick auf meinen Ruhetand mache ich mir Sorgen, eine geeignete Nachfolge zu finden.
Wenn ich heute noch einmal die Wahl hätte, würde ich mich wieder niederlassen.
Meine Praxis ist durch das Inkrafttreten des GKV-FinStG von Honorarkürzungen betroffen.
Das GKV-FinStG schränkt mich in der Patientenversorgung ein.
Durch das GKV-FinStG ist die Zahl der Neubehandlungsfälle im Bereich PAR in meiner Praxis gesunken.
Ich rechne im Laufe des Jahres 2024 mit einer Verschlechterung meiner wirtschaftlichen Situation.
Bitte geben Sie Ihr Alter an.
Welches Geschlecht haben Sie?
In welchem KZV-Bereich sind Sie als Zahnärztin bzw. Zahnarzt zugelassen?
Nur für MVZ: In welcher Trägerschaft befindet sich Ihr MVZ?
Welche Berufsbezeichnung(en) haben Sie?

ZäPP-Team

Samuel Fritz Ritter
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
E-Mail: sritter@zi.de
Tel.: 030 22 00 56 143

Chris Kerber
Projektleiter
E-Mail: ckerber@zi.de
Tel.: 030 22 00 56 169

Markus Leibner
Fachbereichsleiter Ökonomie
E-Mail: mleibner@zi.de
Tel.: 030 22 00 56 111

Impressum

Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung
in der Bundesrepublik Deutschland
Salzufer 8
10587 Berlin
E-Mail: zi@zi.de

Berlin, März 2025